

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussmitglied Ursula Biester
Ausschussmitglied Brigitte Klee
Ausschussmitglied Helmut Möhle

Mitglied SPD-Fraktion

Stellv. Ausschussvorsitzende Nurhayat Bakir
Ausschussmitglie Petra Kolbe
Ausschussvorsitzender Uwe Reese

Mitglied Gruppe Grüne/WBV

Ausschussmitglied Rainer Büscher

Mitglied Gruppe BASU/Hammadi

Ausschussmitglied Al-Chafia Hammadi

Mitglied UWG WHV-Fraktion

Grundmandat Frank Uwe Walpurgis

Vorsitzender des Seniorenbeirates

beratendes Mitglied Peter Berger

Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände WHV

beratendes Mitglied Petra Meyer-Machtemes
beratendes Mitglied Joachim Stasch

Dezernent

Erster Stadtrat Jens Stoffers

Fachbereichsleiter

Fachbereichsleitung 53 Christof Rübsamen
Fachbereichsleitung 50 Jörg Sieberns

Protokollführerin

Protokollführerin Susanne Bödeker

Es fehlte entschuldigt

Ausschussmitglied Sigrid Linsen-Steiner

als Gast

Herr Behnke (FDS Immobilien GmbH)

Herr Burkert (Geschäftsführer Jobccenter)

Frau Gottschalk (Vorsitzende des Hospiz-Fördervereines)

Frau Miersch (Mission Leben)

Frau Müller (Projektleiterin Hospiz)

Frau Reichelt (Initiatorin)

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 23.01.2014
- 4 Mitteilungen und Anfragen
 - 4.1 Information zur Errichtung des "Angelika Reichelt Kinder- und Jugendhospiz Joshuas Engelreich"
 - 4.2 Bericht über die Arbeit des Jobcenters Wilhelmshaven durch dessen Geschäftsführer, Herrn Burkert
 - 4.3 Wohnungserstaussstattungen
 - 4.4 Sozialpsychiatrischer Dienst

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Reese, eröffnete die Sitzung und stellte die

Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 23.01.2014

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 23.01.2014 wird genehmigt.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

4 Mitteilungen und Anfragen

4.1 Information zur Errichtung des "Angelika Reichelt Kinder- und Jugendhospiz Joshuas Engelreich"

Frau Müller (Projektleiterin und Pflegedienstleiterin des Friedel-Orth-Hospizes in Jever) informierte über den bisherigen Ablauf zur Errichtung des Hospizes, die Hintergründe zur Namensgebung, die Kostenübernahme und baulichen Gegebenheiten (s. Anlage).

Die Erläuterungen von Frau Reichelt zu den Motiven ihres Engagements wurden von Herrn Behnke um Details zur Immobilie ergänzt.

Frau Gottschalk stellte den Förderverein des Hospizes vor.

4.2 Bericht über die Arbeit des Jobcenters Wilhelmshaven durch dessen Geschäftsführer, Herrn Burkert

Herr Burkert informierte, dass Wilhelmshaven bei der erfolgreichen Vermittlung von Langzeitarbeitslosen in Beschäftigungen im Vergleich mit 35 anderen Städten auf Rang 5 liege.

Das **Förderzentrum plus** bei der BNW in der Schillerstr. betreue 50 Plätze für Langzeitarbeitslose. Die Landesmittel für diese intensive Betreuung, mit der bisher 21 Personen integriert werden konnten, laufen dieses Jahr aus.

Bei der **Jobakademie am Meer** (im Gebäude des Jobcenters) wurden 15 Personen von einer Integrationsfachkraft in einer Gruppe betreut. Es erfolge eine enge Zusammenarbeit mit dem Arbeitgeberservice, man trainiere Bewerbungen und gebe Tipps. Die Erfolgsquote betrage ca. 70 %, 98 Personen hätten in 2013 einen

Arbeitsplatz gefunden.

Seit 2005 erfolge daneben eine gesonderte Betreuung im Projekt **50plus** aus Bundesmitteln. Daraus würden unter anderem 2 Jobcoaches finanziert. Die Coaches begleiten Arbeitssuchende bei Bedarf zu Bewerbungsgesprächen. Die Jobcoaches haben alleine im vergangenen Jahr 99 Personen integriert; im gesamten Projekt seien dies bisher 190 Personen gewesen.

Seit Mai 2013 sei eine Integrationsfachkraft ausschließlich für **Alleinerziehende** eingesetzt. Die Kinderbetreuung in Wilhelmshaven wertete Herr Burkert im Vergleich mit anderen Kommunen als gut, Probleme gebe es in Randzeiten oder bei Beschäftigten im Gastgewerbe. 28 Alleinerziehende wurden 2013 vermittelt.

Ein Mitarbeiter habe sich auf den Bereich der **Selbständigen** spezialisiert. In diesem Bereich hätten einige selbständig tätige Personen so wenig verdient, dass sie mit den erzielten Einnahmen ihren Lebensunterhalt nicht abdecken konnten. Es seien 125 Abmeldungen aus der Selbständigkeit zugunsten einer Festanstellung bei anderen Arbeitgebern oder aber eine Unterstützung beim Ausbau der Selbständigkeit erfolgt.

Positiv wertete Herr Burkert die sog. „**Maßnahme Arbeitgeber (MAG)**“, in der Arbeitslose ein kostenloses Praktikum in einem Betrieb absolvieren können. In 60 Prozent der Fälle münde dies in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Die Erfolgsquote einer Einstellung sei bei direkter Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern immer höher.

Herr Burkert bedauerte, dass die Bürgerarbeit nach 3 Jahren auslaufe. Eine längere Dauer sei aus seiner Sicht wünschenswert.

Herr Möhle wies auf den Widerspruch hin, dass die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ansteige, sich jedoch die Zahl der Arbeitslosen in Wilhelmshaven nicht so positiv nach unten entwickle. Er fürchte, dass Arbeitsangebote oftmals nicht angenommen würden. Herr Burkert habe bei einem Treffen mit der SPD vermutet, dass die Dunkelziffer der nicht erreichbaren Jugendlichen in Wilhelmshaven bei ca. 500 liege, im Vergleich mit anderen Städten anteilmäßig viel zu hoch sei. Herr Möhle fragte nach Lösungswegen.

Herr Burkert erläuterte, dass man das Problem bereits einmal im Jugendhilfeausschuss, im Sozial- und Gesundheitsausschuss und in der Trägerversammlung dargestellt habe.

Es gebe einige Jugendliche, die von Förder- oder Unterstützungsmöglichkeiten nicht erreicht würden.

Die Frage sei, mit welchen zusätzlichen Programmen man diese Personen tatsächlich erreichen könne. Er würde es begrüßen, wenn auf Druck der örtlichen Parteien Maßnahmen vom Gesetzgeber in Berlin initiiert würden.

Die Stagnation der Arbeitslosenzahlen liege auch in der hohen Zahl von Zuzügen in diesem Bereich begründet. Bei Befragungen der Zugezogenen nach ihren Gründen werde oftmals der günstige Wohnraum angegeben.

Herr Stasch ergänzte, dass eventuell auch die Zahl der Teilzeitbeschäftigten, deren Einkommen nicht auskömmlich sei, gestiegen sein könnte. Herr Burkert nannte die Zahl von 600 Personen, die ergänzende Leistungen beziehen.

Auf Nachfrage von Herrn Büscher nach der Entwicklung der Anzahl an Sanktionen erläuterte Herr Burkert, dass diese gestiegen seien. Die Zahl der Widersprüche und Klagen habe sich leicht reduziert. Hier spiele das von den Gerichten anerkannte Gutachten zu den Unterkunftskosten in Wilhelmshaven eine große Rolle.

Frau Meyer-Machtemes nannte die GAQ als Aushängeschild für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Wilhelmshaven. Sie fragte nach Programmen für die Personengruppe mit multiplen Vermittlungshemmnissen.

Herr Burkert antwortete, dass man immer mehr marktferne Kunden betreue und man zusätzliche Anstrengungen unternehmen müsse, um diese zu integrieren. Leider würden Fördermittel durch den Bund gleichzeitig reduziert.

Herr Burkert schätzte den Anteil der marktfernen Personen an den Langzeitarbeitslosen auf zwei Drittel.

Frau Biester fragte nach der Aufdeckungsquote von Schwarzarbeit. Herr Burkert, erläuterte, dass dafür der Zoll zuständig sei.

4.3 Wohnungserstausstattungen

Frau Meyer-Machtemes erklärte, dass sie sich an der Beratung dieses Punktes nicht beteiligen werde.

Herr Stoffers erklärte, dass man sich im nichtöffentlichen Teil der letzten Sitzung einstimmig für eine Vergabe der Lieferung von Wohnungserstausstattungen an die Diakonie entschieden habe. Im Verwaltungsausschuss sei diese Empfehlung ebenfalls ohne größere Diskussionen angenommen worden, so dass nun der Auftrag an die Diakonie erteilt worden sei.

Es sei ein ordnungsgemäßes Vergabeverfahren durchgeführt worden und die Zusammenarbeit mit dem Anbieter verlaufe positiv.

Herr Möhle sah keine Notwendigkeit, diesen Punkt erneut zu diskutieren.

4.4 Sozialpsychiatrischer Dienst

Herr Walpurgis fragte nach dem Sachstand der Unterbringung des Sozialpsychiatrischen Dienstes in einem anderen Gebäude.

Herr Stoffers erklärte, dass eine Information im Ausschuss erfolge, sobald es Neuigkeiten gebe. GGs sei mit der Objektsuche beauftragt und nehme nach erfolgreicher Suche rechtzeitig Kontakt zum Fachbereich 53 auf.

